

2. Juli 1997

Energieministerium zur atomrechtlichen Weisung des Bundesumweltministeriums zum Atomkraftwerk Krümmel

Pressestelle der Landesregierung Schleswig-Holstein



In einer Stellungnahme zu der bundesaufsichtlichen Weisung durch das Bundesumweltministerium erklärten Energieminister Claus Möller und Staatssekretär Wilfried Voigt heute (2. Juli) in Kiel:

„Die Weisung von Frau Merkel ist ein Beweis dafür, daß ihr die Interessen der Stromkonzerne wichtiger sind als das Interesse der Bevölkerung an einer umfassenden Sicherheitsüberprüfung des Atomkraftwerks Krümmel.

Die zweite Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Krümmel von 1988 fordert eine umfassende Sicherheitsanalyse alle zehn Jahre, erstmalig 1997. Die Verpflichtungen aus dieser Auflage gehen über die ‚Leitfäden‘ zur Periodischen Sicherheitsanalyse hinaus. Deshalb hatte die atomrechtliche Aufsichtsbehörde Schleswig-Holstein ein umfangreiches Durchführungskonzept zur Erfüllung der Auflage erarbeitet und der Betreibergesellschaft zugestellt. Danach sollte eine umfassende Sicherheitsanalyse nach dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik durchgeführt werden, die den Besonderheiten des Atomkraftwerkes Krümmel Rechnung trägt. Zudem sind die Leitfäden noch nicht abschließend fertiggestellt und nach Auffassung Schleswig-Holsteins sicherheitstechnisch unzureichend.

Frau Merkel trägt mit ihrer Weisung die volle politische Verantwortung dafür, daß nun nicht nach den höheren Sicherheitsanforderungen Schleswig-Holsteins geprüft werden darf. Das ist auch angesichts des Berliner Krümmel-Urteils von 1996 und der Diskussion um den Bau des Reaktordruckbehälters völlig unverständlich.“

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an: Ministerium für Finanzen und Energie, Dr. Hans-Friedrich Traulsen, Tel. 0431/988-3919

Jetzt auch im Internet: Pressedienst „Aktuelles“ und Informationen der Landesregierung: <http://www.schleswig-holstein.de/landsh> Mehr Informationen über Schleswig-Holstein im Schleswig-Holstein-Forum: <http://www.schleswig-holstein.de>

Landeshaus 24100 Kiel Telefon (0431) 988-0 Telefax (0431) 988-1965 Email: presse.landesregierung@landsh.de